



Abb. 4. Ansicht aus der Vogelschau von Veurne (Furnes) mit der Walburgis-Kirche.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

57. JAHRGANG. \* \* № 82/83. \* \* BERLIN, DEN 13. OKTOBER 1923.

\* \* \* \* HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. \* \* \* \*

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr

## Vom Wiederaufbau in Belgien.

Die Umgebung der Walburgis-Kirche in Veurne (Furnes).

(Hierzu die mit No. 80/81 vorausgeschickten Abbildungen.)



Unter den schönen Städten und Städtchen Flanderns, nimmt der stille, 6- bis 7000 Einwohner zählende Ort Veurne (französisch Furnes) einen besonderen Rang ein, sowohl wegen seiner berühmten jährlichen Prozession, bei der durch kostümierte Teilnehmer das Leiden Christi dargestellt wird, als wegen des ungewöhnlich schönen Marktplatzes mit seiner malerischen Gebäudegruppe (Abb. 1 bis 3 in No. 80/81 und Abb. 4). Der Markt- platz, Grand' Place genannt, ist keine mittelalterliche Anlage, sondern entstammt der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, als man es für nötig hielt, die bis dahin an verschiedenen Stellen des Stadt zerstreuten Märkte auf einer geräumigen Marktfläche zu sammeln. Der ehemals den Mittelpunkt des Platzes einnehmende Brunnen besteht nicht mehr.

Das Rathaus mit Laube und Durchfahrt, um die genannte Zeit von Lieven Lukas erbaut, und das Gerichtsgebäude (die ehemalige Châtellenie), etwas später errichtet von Sylvan Boulin, bilden die nordwestliche Platzecke. Dahinter erheben sich auf besonderer Freifläche der mächtige Belfried, ebenfalls aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, und die prächtige gotische Walburgis-Kirche, deren untere Teile, vom Markt gesehen, durch eine Reihe von fünf Giebelhäuschen (von 1609) verdeckt sind.

Da die Stadt unmittelbar hinter der deutschen Angriffsfront lag, hat sie im Krieg bedauerlicher Weise stark gelitten. Unsere leider sehr unvollkommenen Abbildungen 5 und 6 zeigen die Trümmer der genannten Häuserreihe, von der nur das westlichste Häuschen erhalten geblieben und mit geringen Schäden davongekommen ist. Die fünf zierlichen Gebäude sind inzwischen in den alten Formen sämtlich wiederhergestellt worden.

Aber eine scharfe Meinungs-Verschiedenheit hat sich in betreff derjenigen fünf Häuser erhoben, die, den

Chor der Walburgis-Kirche verdeckend, in die Nord-Straße vorgebaut sind (Abb. 1 und 2). Die beiden Photographien der Abb. 7 und 8 wurden während der Beschießung aufgenommen, die glücklicher Weise alle monumentalen Hauptgebäude im Wesentlichen verschont, die in Rede stehenden fünf Häuser der Nord-Straße aber schließlich fast gänzlich zertrümmert hat. Der Meinungsstreit dreht sich um die Frage, ob an Stelle der fünf minderwertigen kleinen Gebäude Neubauten zu errichten sind, die, wie bisher in die Straße vortretend, den Kirchen-Chor dem Ausblick entziehen, oder aber ob letzterer an der Nord-Straße frei zu legen, besser gesagt frei zu lassen ist, die kleinen Grundstücke also zu enteignen sind. Das „Haut Commissariat Royal“, die für den Wiederaufbau der Frontorte eingesetzte Behörde, scheint der Errichtung von Neubauten sich zuzuneigen. Gegen diesen Plan wendet sich mit guten Gründen der Architekt C. E. Dhucque in der Zeitschrift „L'Emulation“, Organ der „Société Centrale d'architecture“ in Brüssel. Er weist nach, daß die Gegner der Freilassung, die sich auf die bekannte Schrift von Karl Buls: „L'isolement des vieilles églises“ (Brüssel 1910) glauben stützen zu können, den genannten Verfasser mißverstehen. Buls selbst hat in einem minder krassen Falle, als es sich um die Frage der Freilegung der Kathedrale von Tournai handelte, auf's Bestimmteste den Abbruch wertloser Schmarotzerbauten empfohlen, die er als „infames et hideuses masures“ bezeichnete. Für Veurne trifft das umso mehr zu, als die fraglichen Baulichkeiten an der Nord-Straße nicht bloß wertlos waren, sondern erwiesenermaßen im 17. Jahrhundert dem Chor der Kirche vorgebaut worden sind.

Die mittelalterliche Lage der Walburgis-Kirche an der heutigen Nord-Straße ist in unserer Abb. 9 in Nr. 80/81 dargestellt. Bis zur Anlage des Grand' Place diente dieser besonders breite Straßenteil als Markt- platz. Der Chor der Kirche stand frei. Erst später hat man, offenbar aus geldlichen Rücksichten, die Schma-



rotzerbauten angebaut, indem man, da der schmale Raum vor dem Kirchengebäude nicht ausreichte, der jetzt nicht mehr als Markt erforderlichen Straßenfläche das nötige Bauland entnahm.

Inwiefern der Anblick der Kirche, deren Chor bis jetzt in den kleinen Hofräumen der fünf Häuschen

völlig versteckt lag, durch die freiere Stellung an der Straße leiden könnte (Abb. 11), ist nicht ersichtlich. Nur darf man mit der Freilegung nicht zu weit gehen. Wollte man den mittelalterlichen Zustand mit der — bisher nicht vermißten — Seitenstraße a b des Plans Abb. 10 in Nr. 80/81 wiederherstellen, so würde man

vermutlich außer den Brandgiebeln der nächsten an der Nord-Straße zu erhaltenden Häuser unschöne Einblicke in die hinteren Grundstücksteile der Markthäuser in den Kauf nehmen müssen und in der Tat ein unvorteilhaftes Gesamtbild erzeugen. Anders gestaltet sich aber das Bild, wenn man nach Abb. 10 in Nr. 80/81 die zu lassende Lücke auf drei Hausbreiten, etwa auf 23 m, beschränkt, diese Lücke durch ein sich das Gleichgewicht haltendes Paar anspruchsloser, in das Straßenbild passender Neubauten einfaßt, die Umpflanzung des Kirchenchores aber erhält und in vorsichtiger Weise ergänzt. —

J. Stüb ben.



Abb. 5. Die Trümmer der Grand' Place von Veurne im März 1918.



Abb. 8. Chor der St. Walburgis-Kirche.

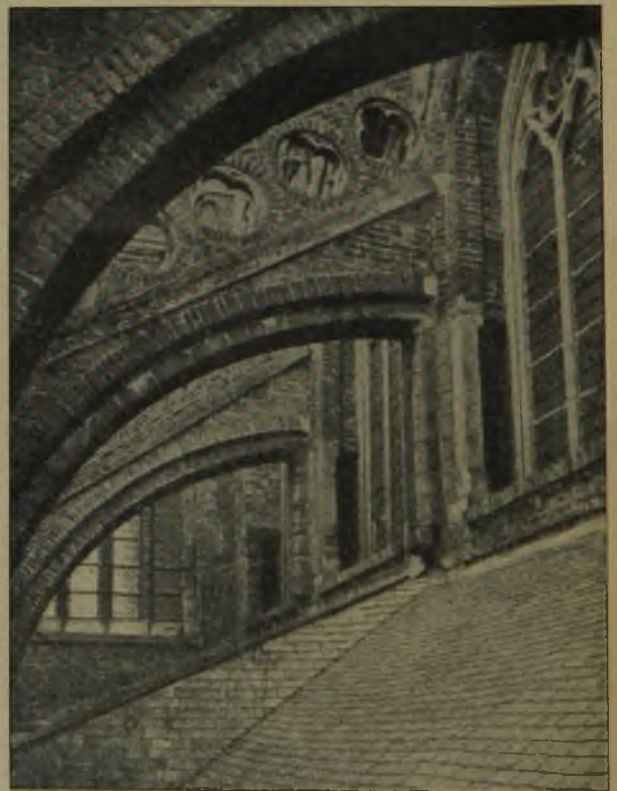


Abb. 11. Strebebögen am Chor der St. Walburgis-Kirche.

Vom Wiederaufbau in Belgien. Die Umgebung der Walburgis-Kirche in Veurne (Furnes).

### Vermischtes.

**Eine Gedenktafel für Max Eyth**, den Dichter-Ingenieur, ist an seinem Geburtshause in Kirchheim unter Teck am 30. Sept. d. J. enthüllt worden. Die Anbringung ist durch den Verein Deutscher Ingenieure und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft erfolgt. Die Aufschrift der Tafel lautet: In diesem Hause wurde am 6. Mai 1836 Max Eyth geboren. Ingenieur und Dichter, ein Pionier der Technik in der Landwirtschaft. —

**Deutsches Museum in München.** Mit einem Aufwand von rd. 14 Millionen Goldmark sind bis jetzt fertig gestellt

der ganze Rohbau und die Einrichtung der Gruppen: Bergwesen, Landwirtschaft, Brauerei, Chemie, Physik, Mathematik, Astronomie, Textilindustrie, Papierindustrie, Reproduktionstechnik, Luftschiffahrt usw. Anlässlich der Jahresversammlung am 20. und 21. Okt. 1923 wird ein großer Teil der Ausstellungsräume zugänglich gemacht und bis zum Frühjahr 1925 soll der ganze Neubau fertig gestellt sein. Die Durchführung dieser Arbeiten erfordert noch einen Aufwand von 1 000 000 Goldmark, das sind etwa 7 v. H. des bisher aufgewendeten Kapitaales.

Für die Arbeiten in den letzten zwei Jahren hat das



Reich einen Zuschuß von rd. 100 000 Goldmark und Bayern einen solchen von 120 000 Goldmark bewilligt. Die Industrie hat während der gleichen Zeit rd. 150 000 Goldmark an Baumitteln und daneben noch Materialien im Wert von rd. 450 000 Goldmark gestiftet, darunter den gesamten Bedarf an Zement, Kalk, Steinen, Eisen, Holz, Glas, Linoleum, Wasser-, Wärme- und Beleuchtungs-Installationen, Aufzügen und sonstigen Anlagen.

Die jetzige große finanzielle Notlage erschwert weitere Unterstützungen; daher hat das Deutsche Museum gebeten, daß der Bayerische Staat und das Reich einen größeren Anteil an den Kosten des Aufbaues genehmigen.

Bei dieser Gelegenheit darf daran erinnert werden, daß vor 20 Jahren, am 5. Mai 1903, Oskar von Miller einem Kreis auserlesener Männer den Plan zur Gründung eines Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik vorgelegt hatte, worauf am 28. Juni 1903 die Gründung des „Deutschen Museums“ erfolgte. Während der folgenden beiden Jahre wurden die Pläne für den Neubau auf der Kohleninsel in München entworfen und das provisorische Museum im alten Nationalmuseum in der Maximilian-Straße eingerichtet. Am 13. Nov. 1906 wurde der Grundstein des Museums-Neubaus in feierlicher Weise gelegt und das provisorische Museum in der Maximilian-Straße (Abt. I) eröffnet. Am 1. Jan. 1909 folgte die Eröffnung der Abteilung II in der Isar-Kaserne. Diese Abteilung wurde zu Beginn des Weltkrieges, im September 1914, geschlossen und zu Arbeiterwohnungen eingerichtet. Nuncmehr sind die Bauarbeiten am Museums-Neubau auf der Kohlen-Insel so weit vollendet, daß die Räume eingerichtet werden können; es muß daher der Umzug der Abteilung I nach den neuen Räumen beginnen und damit das provisorische Museum in der Maximilian-Straße geschlossen werden. Bis zum Oktober werden im Museums-Neubau die Gruppen Astronomie, Mathematik und ein Teil der Physik, Chemie, Textilindustrie, Reproduktionstechnik, Landwirtschaft, Brauerei, Luftschiffahrt und Bergwesen fertig sein. Die Besucher werden schon jetzt einen Gang von 2—3 Stunden durch fertig gestellte Ausstellungsräume machen können und dabei einen Eindruck bekommen von der geplanten Größe und Ausgestaltung des ganzen inhaltreichen Museums.

Noch bleiben wichtige Teile des Museums zu vollenden, aber auch diese Gruppen sollen bis zum Frühjahr 1925 fertig gestellt werden, wenn es ge-



Abb. 7. Chorhaube der St. Walburgis-Kirche zu Veurne (Furnes).



Abb. 6. Zustand der Zerstörung der Häuser der Grand Place.



lingt, die hierfür erforderlichen Mittel zu beschaffen, was wohl zu hoffen ist, nachdem nur noch 7 v. H. der bisher aufgewendeten Kapitalien benötigt werden. —

**Wiederaufnahme der Auslands-Arbeit durch das „Deutsche Archäologische Institut.“** Das Institut hat in folge der tatkräftigen Unterstützung durch die Vertreter der Reichsregierung, Generalkonsul Moraht und Ministerialdirektor Heilbron, seine Auslandsarbeit wieder aufnehmen können. In Rom übernahm Professor Walter Amelung die Leitung der Zweiganstalt. Leider konnte, wie der neue Jahresbericht des Instituts feststellt, die Institutsbibliothek zum Schaden aller in Rom arbeitenden Fachgenossen, nicht nur der deutschen, noch nicht wieder aufgestellt und zugänglich gemacht werden, da alle Verhandlungen noch immer nicht zu einem Ersatz für das seinerzeit enteignete Institutsgebäude auf dem Kapitol geführt haben. Professor Noack von der Berliner Universität hat im Auftrag der Zentraldirektion des Instituts seine griechischen Arbeiten in Akarnanien und Eleusis abschließen können; Professor Buscher hat die Leitung der Athener Zweiganstalt übernommen. Die Bearbeitung der Funde von Tirhos, der Burg aus frühgriechischer Zeit, hat Dr. Kurt Müller infolge einer hochherzigen, dem Institut zur Verfügung gestellten Spende abschließen können. Dr. Langlotz bearbeitete in Athen die noch übrigen Teile der Akropolisvasen für die Veröffentlichung. Beim Transport von Büchern für die Institutsbibliothek in Athen und mit großen Ermäßigungen für die Überfahrt deutscher Archäologen nach dem Piräus unterstützte die deutsche Levantelinie die Auslandsarbeit unserer Gelehrten. —

#### Literatur.

**Praktische Baupflege in der Kleinstadt und auf dem Lande.** Erörtert an Beispielen aus dem Wiederaufbau Ostpreußens. Von Architekt Gustav Wolf in Münster, vordem Bezirksarchitekt in Sensburg, Ostpreußen. Mit zweihundert Abbildungen. Berlin 1923. Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn. Grundzahl geheftet 4,5, gebunden 6.

Der Verfasser spricht anregend und anschaulich von den Aufgaben der Baupflege auf dem Lande, auf Gutshöfen, in der Kleinstadt, für das Handwerk und von der Einrichtung der Baupflege. Er sagt mit Recht, was in der Stadt alltäglich an Bauten entstanden sei, sei entweder protzig aufgemacht oder starre von Nüchternheit. Die beschämende Schwäche unseres durchschnittlichen Bauwesens spiegle sich, halb eingestanden, darin, daß wir die Kulturwerke der Vergangenheit und die heimatliche Landschaft durch einen Stachelndraht von „Verunstaltungsgesetzen“ gegen unsere eigenen Mißgriffe schützen mußten. Für den Kleinstädter und für den Bauern baue immer noch der Pfuscher im Fache des Gestaltens, wenn er auch kaufmännisch und menschlich ein durchaus achtbarer und tüchtiger Mann sei. Lust und Begabung zum guten Bauen seien bei uns nicht ausgestorben, sie seien nur nicht in die rechten Wege geleitet. Das soll der Baupfleger tun; er soll Lehrer und Kulturpolitiker, nicht in erster Linie Künstler sein. Ihm kann das reich illustrierte Werkchen Anleitung und Richtschnur sein. Es soll ihm sagen, daß er nicht als Künstler für seine Person, sondern zum Besten seines Landes wirken soll. An zahlreichen Beispielen der verschiedensten Art, sehr lehrreichen Beispielen, wird gezeigt, was bei Bauausführungen infolge Unverstand und mangelndem Können beabsichtigt war und was durch verständige Einwirkung erreicht wurde. Das Letztere ist meist sehr erfreulicher Art. Goethe hat einmal geschrieben: „Mag man doch immer Fehler begehen — bauen darf man keine.“ Denn sie lassen sich nicht ohne weiteres wieder wegradieren, wenn nicht ein Erdbeben, ein Brand oder Krieg sie vernichten. Als verkörperte Charakterlosigkeit bleiben sie meist lange bestehen. Daher müssen sie dadurch verhindert werden, daß zur richtigen Zeit die Baupflege eingreift. Ihr ist unser Werkchen ein vortreffliches Arbeitsmittel. —

#### Wettbewerbe.

**Wettbewerb städtische Girokasse Stuttgart.** In Nr. 76/77 ist eine Notiz enthalten, nach der in einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau der städtischen Girokasse in Stuttgart der Entwurf des Regierungsbaumeisters Daiber siegreich gewesen sei und zur Ausführung gelange. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß es sich bei dem Wettbewerb lediglich um einen Fassadenwettbewerb zu dem Plan des städtischen Hochbauamtes gehandelt habe, bei dem neben dem Fassaden-Entwurf des Hochbauamtes der Entwurf des Reg. Bmstr. Daiber in engster Wahl kam und zur Ausführung bestimmt wurde. —

Zu einem Ideen-Wettbewerb für die Bebauung des Nollendorfplatzes zu Berlin werden die Architekten deutscher Staatsangehörigkeit aus Groß-Berlin

vom Bezirksamt Berlin-Schöneberg eingeladen. Wertbeständige Preise in Aktien der Allg. Häuserbau-A.-G. zu je nom. 1200 M. und zwar: I. Pr. 20 Stück, 2. II. Pr. zu je 10 Stück, 2. III. Pr. zu je 5 Stück, zum Ankauf 2 weiterer Entwürfe je 3 Stück. Termin 1. Dezember 1923. Preisrichter die Herren: Städtebaudir. Elkart, Geh. Brt. Fischer, Gehrt. Dr. Ludwig Hoffmann, Prof. Dr. Ing. Herm. Jansen, Prof. Heinz Lassen, Prof. Bruno Paul, Prof. Hans Pölzig, Prof. Heinrich Straumer, Stadbrt. Winterstein; Vertreter die Herren: Baurat Altmann, Prof. Albert Gessner. Wettbewerbsunterlagen im Rathaus Berlin-Schöneberg, Zimmer 331, gegen 10 Mill. M. erhältlich.

#### Personal-Nachrichten.

**Neubesetzung von Professuren an der Technischen Hochschule Berlin.** In Ergänzung unserer Mitteilung in Nr. 62/63 über die Neubesetzung des Lehrstuhles für Statik und Baukonstruktionen, eisernen Brücken usw. sei nachgetragen, daß der bisherige Inhaber des Lehrstuhles, Hr. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Müller-Breslau dem Lehrkörper auch weiterhin erhalten bleibt und demnächst eine Vorlesung über ausgewählte Kapitel der Statik halten wird. —

**Zum Ehrendoktor der medizinischen Fakultät der Universität zu Köln** ist Hr. Stadtbaurat Kleefisch „in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste um den Ausbau der Kölner Krankenanstalten und medizinischen Institute der jetzigen medizinischen Fakultät während der letzten 25 Jahre, und in Anerkennung seiner steten Bereitschaft, seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der weiteren Entwicklung der Kölner medizinischen Universitäts-Institute zu stellen,“ ernannt worden. Die Würdigung der Verdienste dieses geschätzten Fachgenossen wird nicht nur in seinem weiten Bekanntenkreise Freude erregen, sondern ehrt auch nicht zuletzt die Kölner Universität selbst. —

**Ehrendoktoren Technischer Hochschulen.** Die Techn. Hochschule München hat den wissenschaftl. Mitarbeiter der Firma Karl Zeiss in Jena, Prof. Dr. Karl Pulfrich, „als Begründer der stereoskopischen Meßkunst“ zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt. —

#### Tote.

**Präsident Felix v. Berner †.** In Stuttgart entschlief am 20. September 1923 im 82. Lebensjahr der frühere Vorstand der Kgl. Bau- und Gartendirektion in Stuttgart. Zu seinem Lebensgang schreibt der „Schwäb. Merk.“ u. A.:

„Als Architekt ist Felix Berner zunächst in die Fußtapfen seines Lehrers Leins getreten, der ihn nach Vollendung seiner Studien in seinem damaligen Büro in der Neckar-Straße in Stuttgart in die Praxis einführte. Seine erste feste Stellung war die eines Stadtbaumeisters in Reutlingen. Bald aber wurde diese friedliche Tätigkeit durch den Krieg von 1870 unterbrochen, der ihn als Offizier der Feldartillerie vor die Tore von Paris führte. Im Jahre 1873 war dann Berner in Schussenried Leiter des Baues der dortigen Irrenanstalt. Von Schussenried wurde er als Bezirksbauinspektor nach Ulm versetzt und 1877 zur Domänenkammer in Stuttgart einberufen, wo er bald zum Baurat vorrückte. 1892 wurde er als Nachfolger von Egle zum Vorstand der Kgl. Bau- und Gartendirektion ernannt, ein Amt, dessen vielseitigen Aufgaben er als schaffender und erhaltender Baumeister, wie als Verwaltungsmann mit großer Pflichttreue bis zu seiner im Jahre 1914 erfolgten Zuruhesetzung nachgekommen ist. Daneben fand er noch Zeit, sich als beratender Architekt in den Dienst der Hofkammer, deren neues Gebäude sein Werk ist, zu stellen und da und dort private Aufträge, vor allem Kirchenbauten, so in Heidenheim und Calw, auszuführen. Als Architekt war ihm die gotische Kunst das unerreichte Vorbild und ihre Ausdrucksformen waren ihm hervorragend geläufig; hierin war er ganz ein Anhänger der alten Leins'schen Schule. Durch jahrelange amtliche Tätigkeit, aber auch durch ein angeborenes geschichtliches Interesse waren ihm unsere Klöster Alpirsbach, Maulbronn und Lorch besonders vertraut; für ihre Erhaltung hat er viel getan. Lange Jahre gehörte er dem Ausschuß des württ. Geschichts- und Altertumsvereins an. Mit einer Reihe angesehener Vertreter unserer einheimischen Wissenschaft, Kunst und Industrie verband ihn zeitlebens eine innige Freundschaft, die seine gesellige Natur gerne pflegte.“ —

Inhalt: Vom Wiederaufbau in Belgien. — Vermischtes. — Literatur. — Wettbewerbe. — Personal-Nachrichten. — Tote. — Aus dem Vereinsleben. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortl.: I. V.: F. Eiselein in Berlin.  
W. Büxenstein, Berlin SW. 48.



# AUS DEM VEREINSLEBEN

## Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

48. Abgeordneten-Versammlung zu Danzig vom 22. bis 25. August 1923.



Für die diesjährige Versammlung des Verbandes war im Vorjahre die Stadt Essen als Tagungsort ausersehen worden und es sollte dort eine Wander-Versammlung stattfinden, die sich in den Rahmen der dort geplanten großen Siedlungsausstellung einordnen sollte. Die politischen Verhältnisse, vor allem die Besetzung des Ruhrgebietes haben diesen Plan unausführbar gemacht, und in letzter Stunde mußte daher eine Verlegung der Versammlung vorgesehen werden. Der Arch.- und Ing.-Verein zu Danzig, der auch nach Abtrennung Danzigs von Deutschland ein rühriges Mitglied des Verbandes geblieben ist, lud diesen daher nach Danzig ein. Die Vorbereitungen für eine Wanderversammlung konnten allerdings nicht mehr durchgeführt werden, auch verbot die allgemeine Wirtschaftslage eine solche, jedoch sollte die Veranstaltung über den Rahmen einer Abgeordneten-Versammlung hinausgehen, sie sollte gleichzeitig dazu dienen, das Festhalten Danzigs am Deutschland zu betonen und außerdem den deutschen Fachgenossen einen Einblick in die neuen Danziger Verhältnisse zu geben, die in der Deutschen Tagespresse nach Ansicht der Danziger vielfach ganz falsch dargestellt und beurteilt werden.

Der Einladung wurde gerne gefolgt und die Danziger Fachgenossen haben trotz der Kürze der ihnen noch verbleibenden Zeit den deutschen Gästen weit mehr geboten, als von ihnen erwartet werden konnte. Nicht nur wurden alle Abgeordneten in Familien untergebracht und ihnen alle möglichen Erleichterungen verschafft, sondern auch der ganze Verlauf der Veranstaltungen, zu denen auch wertvolle öffentliche Vorträge gehörten, an denen Vertreter der Danziger Behörden teilnahmen, war ein solcher, daß gewiß alle Teilnehmer mit hoher Befriedigung an die schönen Tage in Danzig zurückdenken werden. Es ist nur zu bedauern, daß die Teilnahme bei den Teuerungsverhältnissen, die an den Einzelnen trotz allem noch hohe Anforderungen stellten, nicht größer war. Immerhin waren von den Verbandsvereinen 19 durch Abgeordnete vertreten, deren Zahl einschl. des Vorstandes 40 betrug. Es fehlten leider, abgesehen von Köln, sämtliche Vertreter aus den besetzten Gebieten, denen die Ausreise damals unmöglich war. Durch eine Entschließung der Versammlung, die allen Verbandsvereinen im rheinisch-westfälischen Gebiet mitgeteilt wurde, kam das Bedauern über das erzwungene Fernbleiben dieser Vereine und das Mitgefühl für den stillen, zähen Kampf, der im besetzten Gebiet seit Kriegsende und besonders seit dem Ruhreinbruch geführt worden ist, zu barem Ausdruck.

Über den äußeren Verlauf der Versammlung, die von schönem Wetter begünstigt war, ist Folgendes zu berichten: Die Vertreter aus Süd-, Mittel- und Nordwestdeutschland, die ihren Weg über Berlin nehmen mußten, erreichten am 22. August Danzig über Zoppot in 17stündiger Seefahrt, die bei unruhiger See auf überfülltem Dampfer für Viele nicht zur besonderen Annehmlichkeit gehörte, für die Seefesten allerdings ein besonderer Genuß war. In Zoppot wurde jedem sein Quartier zugewiesen. Am Abend versammelten sich die Teilnehmer in dem erinnerungsreichen, schönen Räumen des Artushofes zu einem zwanglosen Begrüßungsabend und einfachem von der Stadt gestifteten Abendessen, das durch eine frische Ansprache des Vereinsvorsitzenden Landesbrt. Riepe, durch freundliche Begrüßungsworte des Vizepräs. des Danziger Freistaates Dr. Ziehm, Dank des Verbandsvorsitzenden Geh. Obbrt. Dr.-Ing. Schmick, München und inhaltvolle Ausführungen des Archivars Kaufmann gewürzt wurden. Der letztere Redner gab ein fesselndes Bild von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsgeschichte Danzigs bis zum heutigen Tage, durch die sich als roter Faden das Festhalten am Deutschland zieht, trotz der engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen. Auch heute ist Danzig eine deutsche Stadt und will diesen Charakter bewahren.

Am 22. und dem Vormittag des 23. fanden in einem Hörsaal der Technischen Hochschule zu Danzig-Langfuhr die Verbands-Beratungen statt, denen sich am zweiten Tage eine öffentliche Versammlung in der Aula anschloß, an der wieder der Vizepräsident des

Staates, der Rektor der Techn. Hochschule Prof. de Jonge, Vertreter der Studentenschaft usw. teilnahmen und den Verband offiziell begrüßten. Oberbrt. Dr. Ing. Fischer-Danzig, hielt dann einen fesselnden Vortrag über „die Erhaltung des Danziger Stadtbildes“ für die er trotz der dringenden Forderungen des Verkehrs und der Wirtschaft einen möglichen Weg zeigte. Wir berichten darüber an anderer Stelle noch näher. Stadtbaudir. Dr.-Ing. Alb. Gut-München, Vorstand des Wohnungsamtes in München, sprach über „die Wohnungsfrage und ihre Gesetzgebung“. Wir kommen auf diesen eingehenden und von warmen Empfinden für die auf diesem Gebiete zu lösenden wichtigen Aufgaben getragenen Vortrag noch besonders zurück. Redner stellte fest, daß eine durchgreifende Besserung der Wohnungsnot nur unter gleichzeitiger Besserung unserer allgemeinen Wirtschaftslage, vor allem nur unter der Voraussetzung stabiler Geldwährung möglich sei. Ein Abbau der Zwangswirtschaft, eine Rückkehr zur freien Wirtschaft sei nötig, sie dürften aber nicht plötzlich, sondern müßten planmäßig erfolgen nach Maßgabe der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die gesetzlichen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Wohnungsnot getroffen worden sind, erfolgten durchweg zu spät und litten unter ihrer Verquickung mit politischen Fragen. Die Wohnungsnot ist aber eine technische, wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Frage und muß als solche behandelt werden. Weitergehende Heranziehung der Techniker ist dabei nötig. Ohne öffentliche Zuschüsse errichtete Neubauten müssen von jeder Zwangswirtschaft befreit bleiben. Die Neubautätigkeit muß durch Reich, Länder und Gemeinden, durch rechtzeitige wesentlich größere Zuschüsse (solange überhaupt das System der öffentlichen Baukostenzuschüsse erhalten bleibt) sowie durch besondere Vergünstigungen und Erleichterungen gefördert werden. Die Mietpreispolitik muß planmäßig derart entwickelt werden, daß wieder eine ausreichende Verzinsung der Baukosten erreicht wird, auch in den alten Miethäusern müssen die Mieten der jeweiligen Geldentwertung angepaßt und so bemessen werden, daß die bauliche Instandhaltung gewährleistet ist, also Annäherung an die Neubaumieten bis zum allmählichen Ausgleich. Daran schlossen sich noch Vorschläge für die rechtzeitige Zahlung der Baukostenzuschüsse, die Bereitstellung der Baustoffe und die Notwendigkeit der Erhaltung und Heranbildung eines ausreichenden Nachwuchses von Bauhandwerkern.

Der zweite Tag vereinigte die Teilnehmer zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen im Kurhause zu Zoppot. Reden, Vorführungen verschiedener Art, vor allem von Studierenden gestellte reizvolle lebende Bilder aus dem Volks- und Studentenlied verkürzten die Stunden. Ein Strandspaziergang schloß sich an und im Kurgarten blieben die Teilnehmer noch lange zusammen. Der dritte Tag war Besichtigungen der baulichen Schönheiten und der Hafen- und industriellen Anlagen Danzigs unter sachverständiger Führung und einem Ausflug nach dem ehemaligen Kloster Oliva gewidmet, dessen wechselvolle Geschichte und dessen bauliche Bedeutung von Prof. Matthes, den Teilnehmern der Versammlung in kurzen, klaren Ausführungen entwickelt wurde. Der letzte Tag sah am Vormittag weitere Besichtigungen, dann eine gemeinsame Fahrt nach Marienburg vor. Unter der Führung des Nachfolgers des kurz zuvor verstorbenen Schöpfers des Ausbaues des alten Ordensschlosses Dr. Ing. Steinbrecht, des Geh. Brts. Bernhard Schmid wurde dieses besichtigt, nachdem der Führer die Baugeschichte des machtvollen Denkmals der Ordensherrschaft in scharfen Strichen skizziert hatte.

Die etwas späte Stunde und trübes Wetter beeinträchtigten zwar den Genuß etwas, aber der Gesamteindruck und die Bewunderung für das hier Geschaffene wird allen unvergänglich bleiben. Der Vergleich der früher restaurierten Teile und der späteren Schöpfungen gab ein interessantes Bild von dem, was man einst und jetzt unter stilgerechter Wiederherstellung versteht. Wir haben erst im Vorjahre in Nr. 35 eingehend über die Marienburg berichtet, so daß wir darauf verweisen können. Der Nachtzug führte die Teilnehmer gemeinsam wieder nach Berlin



zurück, die voll reicher Eindrücke und voll des Dankes an die Danziger Fachgenossen, die auch die Paß- und Zollschwierigkeiten sorglich aus dem Wege geräumt hatten, von der gastlichen Stättechieden und sich dann in Gruppen oder einzeln nach ihren Heimatsorten zurückbegaben.

Nicht unerwähnt bleiben darf eine besondere Festgabe, die den Teilnehmern von dem Danziger Verein überreicht wurde. Von der Herstellung einer eigentlichen Festschrift hatte man allerdings der hohen Kosten wegen absehen müssen. Statt dessen wurde den Teilnehmern eine Reihe von Heften der Ostdeutschen Monatshefte für Kunst und Geistesleben überreicht, die sich teils mit Danzig, teils mit der Marienburg im besonderen befaßten. Einige weitere kleinere Schriften über die staatsrechtliche Stellung der freien Stadt Danzig usw. ergänzten diese wertvolle Gabe, für die dem Danziger Verein und dem Verleger der Monatshefte, Georg Stilke, Danzig-Berlin, besonderer Dank gebührt.

Die eigentlichen Verhandlungen der Abgeordneten Versammlung, die ja den Hauptzweck der Tagung bildeten, zerfielen in den eingehenden Geschäftsbericht des bisherigen Verbandsdirektors Reg.-Bmstr. F. Eiselen, die Beratungen über Ziele und Aufgaben des Verbandes und seine wirtschaftliche Lage, die unter den heutigen schwierigen Verhältnissen leider einen breiten Raum einnehmen mußten, und die Besprechung einiger bestimmter Fragen, die den ganzen Beruf berühren. Unter letzteren bildete die Frage der Ausbildung der Architekten und Ingenieure besonders vom Gesichtspunkt der Erziehung leitender Persönlichkeiten einen wichtigen Punkt. Sie knüpften sich an Berichte, die von Ob.-Brt. Guth, Berlin, Minist.-Rat Dantscher, München und Oberreg.-Brt. Schenck, Frankfurt a. M., erstattet wurden.

Aus dem Geschäftsberichte seien hier einige kurze Angaben mitgeteilt: Der Verband zählte z. Zt. der vorigen Versammlung zu Lübeck noch 42 Vereine, von denen sich drei inzwischen aufgelöst haben. Andererseits aber hat sich der Bayerische Landesverein wie schon vor zwei Jahren der Badische Landesverein, in sechs dem Verband gegenüber selbständige Vereine geteilt, die nur noch eine lose Vereinigung zur Beratung gemeinsamer Fragen bilden. Der Verband zählt also nunmehr wieder 45 Vereine mit zusammen etwa 8000 Einzelmitgliedern. Die Bemühungen, durch ein Verbandsorgan wieder ein kräftiges Bindeglied zwischen diesen Vereinen und den einzelnen Mitgliedern zu schaffen, hat sich bei der Ungunst der Verhältnisse noch nicht verwirklichen lassen und wird sich auch nur erreichen lassen bei dem Zusammenschluß verschiedener Verbände, der angestrebt wird, und Anlehnung an eine bestehende lebenskräftige Zeitschrift. Die Bemühungen sollen fortgesetzt werden. Zusammenschlüsse dieser Art und ein festes Zusammenhalten aller technischen Verbände und verschiedenen Fachrichtungen unter Zurückstellung alles Trennenden und Betonung alles Gemeinsamen wird es den technisch-wissenschaftlichen und Standesvereinen überhaupt nur ermöglichen, bei der heutigen Zeit ihren Fortbestand zu sichern und damit die Ziele einer kräftigeren Verbreitung des technischen Denkens und einer Erhöhung des technischen Einflusses in unserem Wirtschafts- und Gemeinschafts-Leben weiter zu verfolgen und trotz aller Hemmnisse schließlich doch zu erreichen. Besonders das letzte Ziel kann nur dann erfolgreich angestrebt werden, wenn die öffentliche Befehdung der Techniker unter sich, der im freien Berufsleben stehenden gegen die Beamten und umgekehrt, vermieden wird. Sonst bleibt als tertius gaudens immer der Verwaltungsbeamte, der den Techniker zwar als wertvolle Hilfskraft achtet, aber auch meist nur als solche betrachtet und ihm nur beratende aber nicht leitende und entscheidende Stelle eingeräumt wissen will. Der Bericht führte eine Reihe von Einzelschritten an, die der Verband getan hat, um die Stellung der Techniker im öffentlichen Leben zu fördern, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltungen zu erhöhen, weitere Zersplitterungen des Bauwesens zu verhindern. Es ist dabei immer wieder zu betonen, daß durch Eingaben an die Regierungen selbst im Allgemeinen wenig mehr als Versprechungen, durch Eingaben an die Parlamente aber auch nur dann etwas erreicht werden kann, wenn Abgeordnete aller Richtungen sachgemäß informiert und für die Ziele der Techniker gewonnen werden.

Beschäftigt hat sich der Verband wiederholt auch mit der Frage des Schutzes der Berufsbezeichnung Architekt und Ingenieur, die aber um so schwieriger ist, als einerseits selbst Staatsverwaltungen z. B. die Reichsverkehrsverwaltung hier mit schlechtem

Beispiel vorangegangen sind und die Meinungen der Techniker, je nach ihrer Vorbildung, hier naturgemäß auseinander gehen. Jedenfalls kann diese Frage nur mit großer Vorsicht behandelt werden. Dem Mißbrauch der Heraufschraubung der Titel und der Verleihung volltönender Bezeichnungen an Baubeamte, die weder nach ihrer Vorbildung noch der Selbständigkeit und dem Umfang ihrer Tätigkeit dazu eine innere Berechtigung besitzen, ein Vorgang, der aus politischen Motiven namentlich bei den Stadtgemeinden neuerdings wiederholt vorgekommen ist, muß mit Nachdruck bekämpft werden, da er dem Ansehen der Techniker gegenüber den Verwaltungsbeamten weiter abträglich ist. Es soll damit keineswegs der Aufstieg der Tüchtigen, ein Gedanke der leider zu einem falsch angewendeten Schlagwort geworden ist, und mit dem viel Mißbrauch getrieben wird, unterbunden, vielmehr eher gefördert werden.

Der Bericht verbreitete sich ferner über die vor einigen Jahren vom Verbandsverbande eingerichtete Stellenvermittlung für akademische Techniker, die viel Unkosten verursacht, aber gerade jetzt in der Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und daher nach den Beschlüssen der Versammlung unbedingt aufrecht erhalten bleiben muß, namentlich nachdem die Berufe höherer Ausbildung erst nach hartem Kampf einer Unterordnung unter die allgemeine Reichsarbeitsvermittlung, die den individuellen Bedürfnissen dieser Berufe nicht gerecht werden kann, glücklich entgangen sind. Zur Steigerung der Wirksamkeit dieser Einrichtung bedarf es reger Mitarbeit der Verbandsvereine.

Über die Tätigkeit der Verbands-Ausschüsse konnte der Bericht leider nicht allzuviel sagen. Die wirtschaftliche Lage verbietet das Zusammentreten größerer Ausschüsse, ohne persönlichen Meinungsaustausch sind aber viele Fragen nicht, oder doch nur bis zu gewissem Grade zu fördern. Der wasserwirtschaftliche Ausschuß, der Bauordnungs- und Siedlungs-Ausschuß sind daher über Vorarbeiten bzw. Resolutionen nicht hinaus gekommen. Auch der Organisations-Ausschuß hat nur eine Anzahl Einzelfragen fördern können. Zur Abgabe eines Votums zu dem Entwurf eines neuen preußischen Fluchtliniengesetzes, den das Wohlfahrtsministerium demnächst dem Landtage vorlegen will, wird ein kleiner Ausschuß bestehend aus den Herren Beigeord. Ehlgötz, Essen, Minist.-Rat Bähr, Dresden, Stadtbau dir. Gut, München, im Anschluß an die Ausführungen des Geschäftsberichtes über diese Frage gewählt. Soweit dieser Gesetzentwurf bisher in Fachkreisen beurteilt worden ist, stellt er eine zweifellose Verbesserung dar, wünschenswert erscheint aber sein Ausbau zu einem eigentlichen Baugesetz.

Rühriger und erfolgreicher konnten die Ausschüsse sein, die mit einer Reihe anderer Vereine zusammenarbeiten. Der Ausschuß für die Normalbedingungen für Eisenbauwerke, in dem der Verband auch seine Vertreter hat, und der dem Normenausschuß der Deutschen Industrie jetzt angegliedert ist, ist in eine neue Nachprüfung dieser Bedingungen nach neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen eingetreten, die demnächst abgeschlossen ist. Der Ausschuß für Vorschriften betreffend das Verdingungswesen hat, nachdem er schon früher die Fassung der allgemeinen Bedingungen fertig gestellt hatte, schon zu Lübeck auch besondere Bedingungen für Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten vorgelegt. Nachdem der Reichsverdingungs-Ausschuß unter Führung des Reichsfinanzministeriums geschaffen worden ist und diese Fragen auf eine breitere Basis gestellt hat, hat unser gemeinsamer Ausschuß (Verband, B. D. A., Wirtschaftsbund für das Baugewerbe) seine eigenen Arbeiten vorläufig eingestellt, aber die drei Verbände haben Vertreter in diesen Reichsausschuß entsandt, die dort in unserem Sinne mitarbeiten. Der Verband ist durch Stadtb. Winterstein, Charlottenburg, vertreten, der in dem Unter-Ausschuß für die Aufstellung von Vergabebedingungen zugleich Berichterstatter ist. Der genannte Unter-Ausschuß hat einen Entwurf einer Reichsverdingungsordnung für Bauleistungen fertig gestellt, der nun dem Gesamt-Ausschuß übergeben wird. Auch letzterer hat eine Reihe von Einzelfragen aus dem Gebiet seiner Aufgaben weiter gefördert.

Besonders hervorzuheben sind die gemeinsamen Arbeiten im Ago für die Neufassung der Gebührenordnung der Architekten, der Ingenieure, der Gartenarchitekten, der Landmesser und für Taxen. Die drei ersten Gebührenordnungen sind nach ganz neuen Gesichtspunkten unter Zurückgreifen auf den Friedenswert der Bauten aufgestellt. Die darnach ermittelte Friedensgebühr wird mit dem Reichsindex für die gesamte Lebenshaltung am Zahltag multipliziert, die Gebühr paßt sich also auto-



matisch der Geldentwertung an. Dadurch sollen die Schwierigkeiten beseitigt werden, die bisher bestanden, solange nur immer neue Teuerungszuschläge veröffentlicht wurden, die natürlich stets der Geldentwertung nachhinken mußten. Sehr wichtig ist es, daß es gelang, die Reichsbehörden für unsere G. O. zu interessieren und sie für eine Anerkennung derselben zu gewinnen. Die G. O. lag der Versammlung im Manuskriptdruck in der vom Ago aufgestellten, mit den Reichsbehörden bereits mehrfach durchberatenen Fassung vor. Inzwischen hat am 13. September eine Schlußberatung, vor allem mit dem Reichsfinanzministerium, stattgefunden, in der noch einige kleinere Änderungen vorgenommen wurden. Die Sache liegt jetzt dem Reichsfinanzminister zur offiziellen Anerkennung vor. Ist diese und später die der anderen Ministerien erreicht, so ist auch gegenüber anderen Behörden die Anerkennung durchzusetzen und namentlich werden auch die Gerichte, die von den berufenen Reichsbehörden anerkannte G. O. nicht mehr beiseite schieben können, wie das leider noch hier und da geschieht.

An den Geschäftsbericht schloß sich eine eingehende Aussprache, es wurden noch besondere Wünsche ausgesprochen und Beschlüsse gefaßt, die wir an den betreffenden Stellen schon erwähnt haben.

Einen breiten Raum nahm die Beratung über die Wirtschaftslage des Verbandes ein, die bei der rapiden Geldentwertung eine üble ist. Es wurden Beschlüsse über die Beiträge gefaßt, die diese bis zu einem gewissen Grade wertbeständig machen sollen, da sonst ein geordneter Betrieb nicht möglich ist. Mittel in der Höhe zu beschaffen, daß die Geschäftsführung von einem angemessenen besoldeten Geschäftsführer im Hauptamt weiter geführt werden kann, sah sich aber die Versammlung nicht in der Lage. Der Verbandsdirektor scheidet daher auf eigenen Wunsch aus, sobald die Geschäftsstelle nebenamtlich neu besetzt ist. In den Verhandlungen kam aber mit Nachdruck zum Ausdruck, daß die Erhaltung des Verbandes gerade wegen seiner vielseitigen Zusammensetzung aus Berufsgruppen verschiedenster Art: Architekten und Bauingenieuren, Baubeamten des Reiches, der Länder und Gemeinden und im freien Berufsleben stehender Fachleute, die ihm einen besonderen Einfluß als unparteiische, nicht eine bestimmte Interessenpolitik treibende Stelle sichert, unbedingt nötig sei. Die anwesenden Vertreter erklärten sich bereit, dafür entsprechende Opfer zu bringen.

Aus dem Verbands-Vorstand scheiden im nächsten Jahre aus die nicht wieder wählbaren Mitglieder: Ob.-Brt. Arch. Gut, Berlin. 2. Vorsitz.: Priv.-Arch. Prof. Jäger, München; Ob.-Brt., Arch. Trimborn, Köln; Ob.-Reg.-Brt., Ing. Pusch, Essen; Stadtbrt. Ing. Kellner, Braunschweig; außerdem aus Gesundheitsrückichten auf seinen Wunsch Ob. Brt., Arch. Radloff, Wiesbaden, als Beisitzer. Neu gewählt wurden: Geh. Brt. Stadtbrt. a. D., Ing. Dr.-Ing. Fr. Krause, Berlin, als 2. Vorsitz.; Beigeord. Ing. Ehlgötz, Essen; Priv.-Arch. H. Grell, Hamburg; Ob. Reg.-Brt., Arch. Mayer, Stuttgart; Reg. u. Brt., Arch. Herrmann, Breslau, als Beisitzer. Die Neuwahl des nebenamtlichen Verbandsdirektors wurde dem erweiterten Vorstand übertragen.

Über die Abhaltung der nächstjährigen Versammlung konnten endgültige Beschlüsse nicht gefaßt werden. Es lag eine erneute Einladung für 1924 nach Essen vor, und zwar zu einer Wanderversammlung. Sie wird angenommen, jedoch soll der Vorstand rechtzeitig mit anderen Stellen in Verbindung treten, wenn die Verhältnisse auch dieses Mal die Abhaltung einer Versammlung im Ruhrgebiet ausschließen. Berlin, wo der Architekten-Verein 1924 die Feier seines 100jährigen Bestehens begeht, kommt dann in erster Linie, Breslau in zweiter in Betracht.

Aus den übrigen Verhandlungsthemen sei nur noch die wichtige Frage der Ausbildung der Architekten und Ingenieure, namentlich vom Standpunkt der Erziehung leitender Persönlichkeiten hervorgehoben. Der Guthsche Bericht betrachtete die Frage vorwiegend vom preuß. Standpunkt, und zwar dem der staatl. Hochbauverwaltung, deren Verhältnisse er schildert und kritisiert. Die einseitig juristische, vielfach mehr auf die formalistische Beherrschung der Verwaltungstechnik als die praktischen Bedürfnisse des Lebens zugeschnittene Vorbildung ist hier die allein herrschende, wer eine andere besitzt, dem wird, selbst wenn er in langer Verwaltungstätigkeit gezeigt hat, daß er im wahren Sinne zu verwalten versteht, die Fähigkeit, an entscheidender Stelle in der Verwaltung mitzuwirken, abgesprochen. Das kann erst anders werden, wenn wir es erreichen, daß den Zentral- und Provinzial-Behörden bautechnische Organisationsreferenten beigegeben werden, die unter sich Verbindung halten, wenn durch besondere bautechnische Dozenten für

Organisationsfragen an den Technischen Hochschulen ein entsprechend geschulter Nachwuchs herangebildet wird. Es muß ferner die vollverantwortliche Mitarbeit der technisch Vorgebildeten bei Vorbereitung neuer Gesetze von vornherein sichergestellt sein und ebenso bei ihrer Durchführung und Durchführung. Die Bestrebungen, eine Gesundung und Vervollkommnung des Bestehenden herbeizuführen, dürfen nicht das alleinige Arbeitsgebiet der zum Formalismus Neigenden bleiben, sondern müssen zur Tat umgesetzt werden durch verantwortliche Mitarbeit der zum Schaffen Erzogenen. Der Berichterstatter wünscht Einsetzung eines kleinen Ausschusses, aus sich freiwillig zur sorgfältigen Durchprüfung der hier in Betracht kommenden Fragen meldenden Fachgenossen, der positive Vorschläge machen und sich auch in Verbindung mit allen Kreisen und Organisationen halten soll, die die gleichen Ziele anstreben.

Hr. Dantscher, München, bespricht die Frage aus seiner langjährigen Kenntnis der bayerischen Verhältnisse heraus und vorwiegend vom Standpunkt des Ingenieurs. Er ist der Ansicht, daß sowohl die Einrichtung unserer höheren Schulen und unserer Technischen Hochschulen dazu ausreichen, um den Fachgenossen das Rüstzeug mitzugeben, um sie zur weiteren entsprechenden Ausbildung in der Praxis zu befähigen. Die Hochschulen belasten die Studierenden bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Man sollte vielleicht mehr dem Grundsatz *multum in parva* auf ihre Lehrgebiete anwenden. Ihre Ansprüche sollen dabei hochgestellt sein, wer nicht mitkommt, gehört in die Fachschule, nicht in die Hochschule. Die Praxis wird aus den zum selbständigen Arbeiten Erzogenen, bald herausfinden, ob diese sich mehr zum Spezialisten und reinen Techniker eignen und hier Tüchtiges leisten werden, oder ob sie das Zeug besitzen, leitende Persönlichkeiten zu werden. Diese müssen dann in besonderer Weise durch die älteren Fachgenossen herangezogen und ausgebildet werden. Hieran fehlt es aber noch vielfach, sowohl im öffentlichen Verwaltungsdienst wie im privaten Leben. Den richtigen Weg wird der selbst finden, der die Veranlagung und die Kraft dazu in sich trägt, aber der Weg kann ihm von den älteren Erfahreneren geebnet werden. Das ist eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe, deren wir uns stärker bewußt sein müssen.

Der letzte Berichterstatter, Hr. Schenck, Frankfurt a. Main, der ebenfalls der Reichsverkehrsverwaltung, aber als Architekt angehört, stimmte im großen und ganzen seinem Vorredner zu, hält aber die Technische Hochschule doch in mancher Hinsicht für verbesserungsbedürftig, namentlich hält er auch eine bessere pädagogische Schulung der Dozenten vielfach für nötig. Eine Vertiefung des seminaristischen Unterrichtes mit Besprechung von Beispielen aus der Praxis scheint ihm erforderlich. Raum und Zeit könnte dafür durch Fortlassung manches Überflüssigen gewonnen werden. Im privaten Leben kann sich der Techniker bereits heute die ihm gebührende Stellung erringen, wenn er das Zeug dafür hat; in der öffentlichen Verwaltung wird sie ihm noch verweigert, trotzdem nach Ansicht des Redners die technische Vorbildung dazu eine bessere Schulung gibt, als die formal juristische. Wenn trotzdem der Verwaltungsjurist herrscht, so liegt das z. T. auch mit an gewissen Äußerlichkeiten, auf die der Techniker etwas mehr achten sollte, an besserer dialektischer Schulung, an der es dem Techniker vielfach fehlt usw. Die gute Fachausbildung allein genügt jedenfalls nicht. Außerdem muß sich der Techniker früher selbst entscheiden, nach welcher Richtung er gehen will. Hier macht sich der Mangel einer entsprechenden Berufsberatung bei den Technikern geltend, in der andere Berufe uns weit überlegen sind. Nach diesen Richtungen muß bei uns selbst eingegriffen werden. Wie der Vorredner betrachtet es der Berichterstatter als eine ganz besonders wichtige Aufgabe der älteren Fachgenossen, die jüngeren hier zu leiten, sie aufzuklären, ihnen weiter zu helfen und ihre Ausbildung nicht, wie das in der Verwaltung leider vielfach geschieht, aus Bequemlichkeit untergeordneten Stellen zu überlassen, sondern selbst zu übernehmen.

In der Aussprache kam auch von anderer Seite noch zum Ausdruck, daß die Technischen Hochschulen sich noch mehr auf die wirtschaftliche als die rein technische Erziehung einstellen müßten, im übrigen wird der Gedanke der Einsetzung eines neuen Ausschusses abgelehnt, ehe nicht ein in seinen Hauptpunkten unmissenes Programm für die Arbeit vorliegt. Die Berichterstatter werden ersucht, ihre Gedanken erweitert zu Papier zu bringen und der Verbands-Vorstand soll zur nächsten Versammlung unter Zuziehung der Referenten bestimmte Vorschläge vorlegen. Die Frage soll dann ein Hauptpunkt der nächstjährigen Beratung bilden. —

Fr. E.



**20. Jahresversammlung des Vereins Beratender Ingenieure.** Der Verein, in welchem nur unabhängige, lediglich eine reine beratende Tätigkeit ausübende Ingenieure und Architekten zusammengeschlossen sind, hielt am 2. Juli in Berlin seine 20. Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Ingenieur Plümcke, Berlin-Steglitz, wies in seiner Begrüßungs-Ansprache auf die ersten Zeiten hin, die das deutsche Volk zurzeit durchlebt. Der Forderung des Feindbundes, den passiven Widerstand an der Ruhr aufzugeben, müßte im Interesse der Erhaltung unserer Wirtschaft ein entschiedenes „Nein“ entgegengesetzt werden, da ihre Erfüllung gleichbedeutend sei mit der Auslieferung unserer gesamten Industrie. Unter der ungeheueren Teuerung leidet auch der freie Berufsstand der unabhängigen Ingenieure in hohem Maß, wengleich sich die Erkenntnis der Notwendigkeit unparteiischer Beratung vor, während und nach der Ausführung technischer Anlagen aller Art sowie in allen wirtschaftlichen Fragen im Volk immer mehr Bahn bricht. Die Verhandlungen zeigten die Wichtigkeit der Aufgaben, welche der Ingenieur als reiner Berater im Interesse der Allgemeinheit zu leisten berufen ist. Die Geschäftsstelle wurde nach Berlin W 66, Mauer-Str. 81 (Dr. Lux), verlegt. —

**Bund Rheinischer Architekten.** Da die unorganisierten Architekten in fast allen Städten des besetzten Gebietes bei der Vergabung von Architekten-Aufträgen zu städtischen und Besatzungsbauten bisher keine Berücksichtigung fanden, haben sich dieselben unter der Bezeichnung „Bund Rheinischer Architekten B. R. A.“ zu wirksamerer Interessenvertretung zusammengeschlossen. Der Bund verfolgt durchaus keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Ziele. In Trier hat die Ortsgruppe der B. R. A. unter dem derzeitig stellvertretenden Oberbürgermeister Rechtsanwalt Stöck und dem stellvertretenden Baudezernenten Reg.-Baumeister Kaurisch erreicht, daß sie mit den Mitgliedern des „Bundes Deutscher Architekten“ gleichgestellt werden. Es ist ihnen vor kurzem der erste Auftrag erteilt worden, mit der Versicherung, sie bei der nächsten Gelegenheit weiter berücksichtigen zu wollen. Weitere Schritte an die Reichsregierung sind erfolgt. —

**Bund angestellter Deutscher Architekten und Bauingenieure B. A. J.** Der am 25. und 26. August in Bremen abgehaltene Bundestag nahm trotz der schweren wirtschaftlichen Zeit einen eindrucksvollen Verlauf. Eine stattliche Anzahl der Ortsgruppenvertreter hatte sich bereits am Abend zu den Vorbereitungen eingefunden. Am Sonntag Morgen fand die Hauptversammlung im alten Gewerbehause statt. Hier nahm besonders längere Zeit die Aussprache über die Gehaltsfragen der angestellten Architekten und Bauingenieure in Anspruch. Es wurde nachgewiesen, daß von einer Anzahl gut beschäftigter Firmen und sogar auch Architekten an künstlerisch tätige Angestellte noch Gehälter gezahlt werden, die weit unter dem Lohn eines ungelernten Arbeiters stehen. Die Bundesleitung wurde beauftragt, diesem Notstand mit allem zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen. Ferner wurden u. a. Beschlüsse gefaßt, die sich mit der Regelung der Besoldungsordnung der beim Reich, den Staaten, den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften tätigen Architekten und Bauingenieure beschäftigen.

Beschlüsse, die innere Organisation des B. A. J. betreffend, füllten einen weiteren Teil der Tagung aus. Die Bundesleitung wird ab 1. Januar 1924 nach Berlin verlegt.

Die Ausstellung von künstlerischen Arbeiten der B. A. J.-Mitglieder im Gewerbe-Museum, die bis zum 2. September geöffnet war, erfreute sich eines regen Besuches. —

**Freie Deutsche Akademie des Städtebaues.** (Märkische Arbeitsgemeinschaft.) Sitzung am 6. September 1923. Zur Erörterung stand in erster Linie der Entwurf zu einem Gesetz zur Aufstellung und Durchführung von Siedlungs- und Bebauungsplänen, über den das Ministerium ein Gutachten von der Akademie erbeten hat. Es äußerten sich hauptsächlich die Hrn. Paulsen, Bräuning, Groß, Elkart und Taut, und zwar im wesentlichen dahin, daß der Entwurf eine erhebliche Verbesserung des alten Fluchtliniengesetzes darstelle. Doch müsse sein weiterer Ausbau zu einem wirklichen Städtebaugesetz angestrebt werden, das den völlig veränderten Lebensbedingungen des deutschen Volkes Rechnung trägt und vor allem ein besseres Zusammenarbeiten der verschiedenen, im Stadterweiterungs- und Siedlungswesen tätigen Behörden gewährleistet. Zur Bearbeitung des Gutachtens wurde ein Ausschuß unter Vorsitz des Berliner Städtebaudir. Elkart gebildet.

Eine Skizze über die Aufteilung des östlichen Teiles des Tempelhofer Feldes, die in der „Deutschen Allg. Zeitung“ vor einiger Zeit veröffentlicht wurde und einen Flughafen, Ausstellungs- und Siedlungsgelände vorsieht, gab

auf Hrn. Möhrings Veranlassung Gelegenheit zur Aussprache über diese wichtige städtebauliche Aufgabe. Hr. Elkart erkannte die vorgelegte Skizze nicht als vom Magistrat herrührend an; richtig sei daran nur, daß die Stadt das für einen Flughafen nötige Land vom Militärfiskus erworben habe. Über die Verwendung des übrigen Gebietes schweben noch Verhandlungen. Sobald hierüber Klarheit gewonnen sei, beabsichtige die Stadt durch einen Wettbewerb weitere Kreise der Fachwelt heranzuziehen. —

**Freie deutsche Akademie des Städtebaues.** Arbeitsgemeinschaft im Freistaat Sachsen. Am 14. Juli 1923 fand eine Sitzung der sächsischen Arbeitsgemeinschaft in Dresden statt. Hr. Stadtbaurat Wolf berichtete über die am 31. Mai 1923 in Leipzig abgehaltene Hauptversammlung der „Freien Deutschen Akademie des Städtebaues“. Man beschließt, in den Vorstand der Sächsischen Arbeitsgemeinschaft 12 Mitglieder zu wählen. Die Wahl erfolgt durch Zuruf und entfällt auf die Herren: Stadtbaurat Wolf, Geheimrat Prof. Dr. Gurlitt, Prof. Dr. Genzmer, Stadtbaurat Fleck, Prof. Dr. Schäfer, Prof. Muesmann, Prof. Dr. Hueppe, Stadtbaurat Dr.-Ing. Bühring, Oberbaurat Dr.-Ing. Mackowsky, Oberbaurat Mittelbach, Dipl.-Ing. Kießling, Stadtbaurat Michael. Die Wahl erfolgt vorläufig auf ein Jahr.

Der vorläufige Beitrag für die Sächsische Arbeitsgemeinschaft soll mindestens 1000 M. betragen.

Wolf berichtet weiter über den eingeleiteten Schriftwechsel mit Stadtbaurat Luthardt in Gera und Stadtbaurat Jost in Halle wegen Anschluß der Thüringischen Staaten und Teilen der Provinz Sachsen an die Sächsische Arbeitsgemeinschaft. Stadtbaurat Luthardt in Gera hat zustimmend für den Anschluß geantwortet und verschiedene Herren als Mitglieder vorgeschlagen. Darunter befindet sich der derzeitige Stadtdirektor (Oberbürgermeister) von Jena, Dr.-Ing. Elsner.

Als unter Umständen neu in die Arbeitsgemeinschaft aufzunehmende Mitglieder werden gewählt: Geheimrat Prof. Dr. Martin Dülfer, Prof. Baurat Kühn, Prof. Dr. med. Kuhn von der Technischen Hochschule in Dresden, Prof. Gropius, Reg- und Baurat Dietz und Stadtbaurat Lehrmann in Weimar, Stadtbaurat Luthardt in Gera, Regierungsbaaurat Mühlfeld in Jena, Regierungsbaaurat Rohleder in Chemnitz und Regierungsbaaurat Reimann vom Stadtverm.-Amt in Leipzig, Stadtvermessungsdir. Ferber in Leipzig und Stadtrat Hofmann vom Siedlungsamt in Leipzig.

Gurlitt erklärt sich als Präsident der Akademie mit diesen Vorschlägen einverstanden. Eine Aufforderung an die vorgeschlagenen Herren zum Beitritt in die Arbeitsgemeinschaft soll zweckmäßiger Weise erst ergehen, wenn die Bestätigung durch das Gesamtpräsidium erfolgt ist.

Bezüglich des Arbeitsprogrammes des laufenden Jahres wird vorgeschlagen, alle zwei Monate eine Versammlung abzuhalten mit je 2—3 kurzen Berichten. Der Vorsitzende bittet um möglichst baldige Vorschläge und Erklärungen über die Bereitwilligkeit, Berichte zu erstatten. Er schlägt vor, jeweils einen Bericht wirtschaftlicher oder hygienischer Art, einen solchen technischer und einen solchen künstlerischer Art anzusetzen. In Frage komme hierfür u. a.: „Die Veränderung des Bauertragswertes und gärtnerischen Ertragswertes im Bereich der Städte“; „Die Entwässerung der Stadterweiterungs-Gebiete unter dem Einfluß der heutigen Finanzlage“; die Spielplatzfrage; die Kleingärtenfrage; die Farbe im Stadtbild; für oder gegen die Typisierung, zeitgemäßer Straßenbau, Wirtschaftlichkeit im Bebauungsplan usw.

Es folgen Berichte von Dr. Schäfer, Kießling und Wolf über a) „Goldwert und Substanzverlust am Grundbesitz“, b) „Vermessungsunterlagen im Städtebau“ und c) „Die Reklame im Bild der Großstadt“. Die an die Berichte angeschlossenen Aussprachen bewiesen das lebhafteste Interesse der Anwesenden an diesen Fragen.

Im Anschluß an den Vortrag von Kießling wird der Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, die vom Berichterstatter aufgestellten Leitsätze Stadtbdt. Berg in Breslau zu übersenden und sie dann an die Geschäftsstelle der Akademie weiter zu richten mit dem Ersuchen, die auf der Tagung in Leipzig beschlossene Eingabe weiter zu verfolgen.

Im Anschluß an den Vortrag des Stadtbaurates Wolf wird eine Kommission gewählt, die aus Wolf, Gurlitt, Hirschmann, Bock, Dr. Goldhardt, Dr. Conert und Muesmann besteht. Diese Kommission soll unter Zuziehung weiterer Künstler und Sachverständiger Richtlinien über die Gestaltung der Reklame im Stadtbild ausarbeiten, die der Geschäftsstelle der Freien Akademie des Städtebaues zur weiteren einheitlichen Entschlußfassung vorgelegt werden sollen. —